**Zeitschrift:** Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

**Herausgeber:** Widerspruch

**Band:** 21 (2001)

**Heft:** 41

**Artikel:** Politische Linke und Neue Mitte : für eine Repolitisierung der Herrschafts- und Klassenfrage

**Autor:** Eberle, Willi / Schäppi, Hans

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-652511

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 15.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Willi Eberle / Hans Schäppi

# Politische Linke und Neue Mitte

## Für eine Repolitisierung der Herrschafts- und Klassenfrage

In Anbetracht der Tatsache, dass parallel mit der Durchsetzung der neoliberalen Vorstellungen im Rahmen der Neuzusammensetzung der kapitalistischen Akkumulation die Herrschaft der Kapitalinteressen über die Interessen und Ansprüche der Lohnabhängigen gestellt, gefestigt und vertieft worden ist, stellt sich die Frage nach dem Warum – und wo eine emanzipatorische Politik anzusetzen hätte. Dabei muss die Analyse in den Zusammenhang einer allgemeinen Interpretation der wichtigen Entwicklungslinien gestellt werden, die zur Herausbildung des Regimes der flexiblen Akkumulation geführt haben.

### Die strukturelle Krise der siebziger und achtziger Jahre und die Herausbildung eines Regimes der flexiblen Akkumulation

Die siebziger Jahre stellen mit dem Absinken der Profitrate, mit den hohen Inflationsraten und der allgemeinen Rezession von 1974/76 einen Trendbruch in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung dar. Während die fünfziger und sechziger Jahre durch einen Aufschwung von bislang nicht gekanntem Ausmass gekennzeichnet waren, bildete sich seither ein neues Akkumulationsregime mit veränderten ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen heraus, welches wir das Regime der flexiblen Akkumulation nennen (Harvey 1989, Brenner 1998).

Kennzeichnend für den langen Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit waren eine andauernd hohe Rentabilität der kapitalistischen Produktion und entsprechend hohe Kapitalbildungs-, Investitions- und Wachstumsraten. Den Motor dieser Entwicklung bildete das Zusammenspiel von *Rüstungskeynesianismus* und *Nachfrageexpansion* in den USA mit dem Wiederaufbau und dem Nachholen der stark auf den Export ausgerichteten rasch wachsenden Volkswirtschaften Westeuropas und Japans. Verbunden mit dem raschen Wachstum von Produktion und Produktivität war auch eine lang andauernde Phase der Vollbeschäftigung und ein bislang nicht gekanntes Wachstum der Masseneinkommen. Dieses wurde abgesichert durch eine auf die Steuerung der globalen Nachfrage, das heisst eine auf Wachstum und Vollbeschäftigung ausgerichtete Wirtschaftspolitik.

Dies änderte sich mit dem Trendbruch der siebziger Jahre. Stärkere zyklische Einbrüche, geringere Investitions- und Wachstumsraten und das Heraufkommen einer Massenarbeitslosigkeit sind die wichtigen Merkmale dieses Umbruchs. Den Grund dafür bildet die strukturelle Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft der siebziger und achtziger Jahre, eine Überakkumulationskrise, wie sie auch schon für das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts als „Grosse Depression" beschrieben und analysiert worden ist. Es

gibt vorab zwei Gründe für den rapiden Fall der Profitrate seit 1970. Einerseits nahmen in den sechziger Jahren die Produktionskapazitäten und damit die Fixkapitalkosten stärker zu als die Absatzmöglichkeiten, trotz Ausdehnung des Massenkonsums und Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes. Andererseits wurden auf Grund der zunehmenden Komplexität der gesellschaftlichen Entwicklung Dienstleistungen, Verwaltung und Marketing aber auch die staatlichen Funktionen massiv ausgebaut. Dieses Anwachsen der „Faux-frais der kapitalistischen Akkumulation" (Marx) war ein weiterer zentraler Faktor, welcher zu einer Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals führte und damit die Profitrate trotz Massenkonsum und Massenproduktion einbrechen liess (Smith 1994). Vergleichbar ist aber nicht nur die strukturelle Krise seit 1970 mit der „Grossen Depression" von 1873 bis 1900, vergleichbar sind auch die Strategien, welche zur Überwindung der Krise eingeschlagen worden sind (Duménil/Lévy 2000).

In einer ersten Phase, den siebziger Jahren, brachte die Krise allerdings nicht nur Lohnrestriktionen und Arbeitslosigkeit für die Lohnabhängigen, auch für die Kapitalbesitzer gingen die Gewinneinkommen zurück, wenn wir an die reduzierten Dividenden und an die Entwertung der Finanzvermögen durch die hohen Inflationsraten denken. Mehr aber als durch Gewinneinbussen sahen sich die herrschenden Schichten bedrängt durch einige Ideen der 68er Bewegung, soziale Emanzipation und Selbstverwaltung vor allem, durch die Mobilisierungen und Streiks, welche in den meisten Ländern zwischen 1968 und 1974 – die Zeit des Vietnamkriegs der USA – einen Höhepunkt erreichten; auch durch die nationalen Befreiungsbewegungen, die nach dem 2. Weltkrieg das imperialistische Machtgefüge in den Peripherien bekämpften, beunruhigten das Zentrum mehr und mehr.

Die siebziger Jahre bilden eine Umbruchszeit, weil der Neoliberalismus, verstanden als ein politisches, gesellschaftliches und ökonomisches Projekt, klare Konturen annahm. Den Kern dieses Projekts bildet nicht so sehr die Internationalisierung oder die Globalisierung, sondern die Wiederherstellung und Konsolidierung der Hegemonie der Kapitaleigentümer und des Finanzkapitals gegenüber den Lohnabhängigen, dem kämpferischen Teil der Gewerkschaften, den neuen politischen Bewegungen und gegenüber denjenigen Teilen der staatlichen Bürokratie, welche dem Ausbau des Sozialstaates verpflichtet war. Um diese Hegemonie zu erlangen, war es notwendig, nicht nur die industriellen und wirtschaftspolitischen Strategien zu ändern, sondern auch wichtige Veränderungen der nationalstaatlichen und internationalen Institutionen durchzusetzen, um sie verstärkt zu Instrumenten der Kapitaleigentümer, insbesondere der multinationalen Konzerne und des Finanzkapitals zu machen.

In den siebziger Jahren versuchten die meisten Regierungen noch mit einer antizyklischen Wirtschaftspolitik Wachstum und Vollbeschäftigung zu sichern. Und dies mit zwiespältigem Erfolg. Zwar konnte die Rezession von 1974/75 überwunden werden, die darauffolgende Massenarbeitslosig-

keit aber blieb in den meisten OECD-Ländern bestehen und die Inflationsraten nahmen bedrohlich zu. Dies bildete den Hintergrund dafür, dass sich die neoliberale Wirtschaftspolitik durchzusetzen vermochte: In den USA vollzog der neue Notenbankchef Paul Volker die Wende, indem er 1979 trotz beginnender Rezession in den USA die Geldpolitik nicht lockerte und die Zinsen senkte, sondern den gegenteiligen Weg einschlug. Die Politik des starken Geldes wurde erleichtert durch die Tatsache, dass die Arbeiterbewegung und Gewerkschaften auf dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit in der Folge der Rezession von 74/75 in die Defensive gerieten und wesentlich an Mobilisierungsmöglichkeiten verloren hatten. Die Massenarbeitslosigkeit spielt in der Durchsetzung des neoliberalen Projekts eine zentrale Rolle. Sie dient der Bourgeoisie als Mittel im Klassenkampf; denn die neoliberalen Wirtschaftsstrategien laufen auch darauf hinaus, Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen und Krisen zu verlängern. Kompromissloser war die Entwicklung in der Dritten Welt. Hier wurden die Interessen der Kapitaleigentümer und des Finanzkapitals wahrgenommen, indem revolutionäre, aber auch demokratisch-reformistische Bewegungen (z.B. Chile 1973) mit militärischen und terroristischen Mitteln niedergeschlagen wurden.

Das Jahr 1979 bildet für die OECD-Ländern einen Wendepunkt, da unter anderem sich die neuen wirtschaftspolitischen Strategien zuerst unter Thatcher in Grossbritannien und unter Reagan in den USA durchsetzten. Im wesentlichen bestehen diese Strategien darin, dass die Hegemonie der Kapitaleigentümer, insbesondere der Aktionäre, wiederhergestellt wird, indem die Gewinne über einen Angriff auf die Masseneinkommen (Löhne und Sozialkosten) und die Arbeitsbedingungen (Prekarisierung, Intensivierung der Arbeit, Verlängerung des Arbeitstages) gesteigert werden (absolute Mehrwertsteigerung) und nicht mehr primär über Investitionen und technische Neuerungen (relative Mehrwertsteigerung). Im Vordergrund steht dabei die Senkung der Arbeitskosten durch Sparprogramme (McKinsey, Sparpakete im öffentlichen Haushalt), Personalabbau, Lohnrestriktion und eine Ausschaltung demokratischer Einflussmöglichkeiten der Lohnabhängigen im Betrieb und in der Politik. Das wichtigste Mittel zur Durchsetzung dieser Strategien sind die Restrukturierungen und Fusionen. Sie bilden die Möglichkeit, Besitzstände radikal in Frage zu stellen sowie Entlassungen aus Gründen der Profitsteigerung und einer Politik der ständigen Unsicherheit und der Lohnrestriktion durchzusetzen.

Aber nicht nur Downsizing, Fusionen und Outsourcing, sondern auch Internationalisierung, Standortoptimierung sowie Massnahmen zur Erhöhung der Flexibilität der Produktion, der Beschleunigung der Umschlagszeiten des Kapitals (just-in-time production) bilden Kernelemente der Politik der Wiederherstellung der Rentabilität. Da alle diese Massnahmen dazu dienen, den zu hohen Fixkostenblock zu senken und die Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital zu verbessern, reden wir, weitgehend der Argumentation von David Harvey (1989) folgend, von flexibler Akkumulation: Unter den Bedingungen verschärfter Überakkumulation verstärkt

sich die Konkurrenz, die Akkumulation wird räumlich und zeitlich mobiler und die Herschaftsstrukturen werden zunehmend dichter; dies äussert sich in einem enormen Druck im Sinne einer Flexibilisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse vor allem der Lohnabhängigen und geht einher mit starken Erneuerungsschüben bei Produkten, Techniken und Institutionen.

Ein zentraler Bestandteil neoliberaler Politik ist die Politik des starken Geldes, das heisst eine Zentralbankpolitik allein im Interesse der Inflationsbekämpfung und der Geldwerterhaltung, aber auch die Stärkung der Position des Finanzkapitals durch eine Deregulierung der Finanzmärkte. Gezielt wird zudem eine Politik gegenüber den Sozialversicherungen eingeschlagen, welche diese zur Pfründe für grosse Kapitalanleger und Privatversicherungen macht. In einem vorher unbekanntem Ausmass findet ein Umverteilungsprozess von den Lohneinkommen zu den Gewinneinkommen statt. Die Kapitaleigentümer und das Finanzkapital vermögen sich aber auch einen grösseren Anteil am Gesamtprofit auf Kosten der industriellen Investitionen anzueignen, was erklärt, weshalb heute trotz gestiegener Profitrate nicht mehr die Investitions- und Wachstumsraten vor 1970 erreicht werden. Diese neue Qualität der gesellschaftlichen Entwicklung seit 1970 nennen wir im Anschluss an François Chesnais (1994) die „Finanziarisierung" von Wirtschaft und Gesellschaft.

Deutlicher geworden ist in den 90er Jahren auch, dass der Imperialismus sein Gesicht verändert hat. Klarer als früher spielte sich das wichtige wirtschaftliche Geschehen in der sogenannten Triade (USA, Japan, Europa) ab. Das Nord-Südgefälle nahm in der Folge des neuen neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells zu, und das in den Zeiten der Hochkonjunktur propagierte „Entwicklungsparadigma" und seine Politik waren chancenlos. In den internationalen Organisationen wie IWF, Weltbank, ursprünglich gegründet zur Stabilisierung des Währungs- und Finanzsystems, und in der WTO spielen die Interessen der Multis und des Finanzkapitals die massgebende Rolle. Immer konsequenter gelang es so, die Überakkumulationsprobleme auf die schwächsten Glieder abzuwälzen (Mexikokrise, Asienkrise, Russlandkrise etc.) und in diesen Ländern neoliberale Massnahmen und Strukturen durchzusetzen. Regimes, welche sich diesem Prozess widersetzen, haben mit militärischen Interventionen zu rechnen. Diese sind gleichzeitig wichtig, um die Vorherrschaft der USA nicht nur ökonomisch, sondern auch militärisch in der NATO zu festigen (Gowan 1999).

## Flexible Akkumulation und die neue Herrschaft über die Arbeit

Die deutliche Steigerung der Profitrate seit Mitte der achtziger Jahre muss in erster Linie auf die Erschliessung neuer Profitquellen im Bestreben einer besseren Ausnützung des Fix-Kapitals und einer damit einhergehenden konsequenten Intensivierung und Verbilligung der Arbeit zurückgeführt werden, also auf eine stärkere Betonung von Strategien der absoluten Mehrwertsteigerung. Dies unter anderem als Folge erneuerter tayloristi-

scher Konzepte – des Neotaylorismus (Duval 2000) – in allen Bereichen des vor allem von den globalisierten Konzernen verwalteten Netzwerkes kapitalistischer Wertschöpfung. Der Neotaylorismus ist in erster Linie eine Ausdehnung der Grundsätze des klassischen Taylorismus über die Fliessbandarbeit hinaus auf die Dienstleistungen und Büroarbeit (Braverman 1980). So wie dieser die Disziplinierung der Arbeit nach der Grossen Depression nach 1900 im grossen Fabrikareal organisierte, tat dies der *Neotaylorismus* im „offenen Unternehmen in einer turbulenten Welt" (Jorda 1999) unter den Bedingungen der flexiblen Akkumulation. Damit kann eine wesentlich bessere Kontrolle der Wertschöpfungskette durch eine weitere Zerlegung in standardisierte Module und eine *vertiefte* Arbeitsteilung erreicht werden. Im Neotaylorismus ist der Taylorismus gewissermassen intelligenter geworden: Die zunehmende Standardisierung geht einher mit einer Diversifizierung des Warenangebots, zumindest hinsichtlich Design, und mit einer Ausrichtung des Produktionsapparates auf kleinere Stückzahlen. Die entsprechenden neuen Managementkonzepte setzen zudem stärker auf ausgefeilte Sozialtechniken statt auf einen autoritär-bürokratischen Führungsstil, zumindest in den „modernisierten" Gesellschaften Westeuropas, den USA und Japans und in den nicht prekarisierten Bereichen.

Eine zentrale strategische Achse des Neotaylorismus bildet neben den traditionellen Massnahmen – wie einer beständigen Erhöhung des Arbeitsrhythmus, einer Eliminierung der Ruhezeiten und einer Zerlegung und Standardisierung der Arbeit – die Optimierung des Kapitaleinsatzes mit entsprechenden Mitteln zur Flexibilisierung der Arbeitsorganisation und der Arbeitsbedingungen mit dem Ziel optimaler Ausnützungs- und Kostenstrukturen im globalen Zusammenhang. Dazu werden einerseits die bereits vom Taylorismus bekannten Mechanismen weiterentwickelt. Das sind vor allem Normen bezüglich des Produktionstempos, dann eine hierarchische Kontrolle über den gesamten Produktionsprozess, technische Einrichtungen, allen voran das Fliessband und Systeme zur Steuerung, Kontrolle und Überwachung von Arbeitsabläufen, im Neotaylorismus zusätzlich auf Basis der Informationsverarbeitung, um den Arbeitsrhythmus von aussen, über „sachliche Notwendigkeiten" aufzuerlegen.

Hinzu kommen neue Elemente, wie etwa eine höhere Integration der Arbeitsorganisation über Qualitätszirkel und Arbeitsgruppen, die als Ganzes für die Erbringung marktgerechter Leistung verantwortlich sind und so zu einem hohen Grad von Selbstdisziplinierung führen können: Just-in-time gegenüber den Subkontraktoren, Lieferanten und auch in der internen Arbeitsorganisation; die Verlängerung der Kundenbeziehung möglichst bis zu den einzelnen Arbeitsgruppen und Arbeitenden als Handlungsträgern; die Verallgemeinerung von Marktbeziehungen auch innerhalb der Unternehmen, um die Arbeit möglichst zeitgerecht in der erforderlichen Qualität und mit minimalen Kosten erbringen zu können. Der Alltag der Lohnabhängigen wird geprägt von den Erfordernissen des Produktionsprozesses und der Angst, bei Nichtgenügen gegenüber diesen Anforderungen darin, ent-

lassen, deklassiert oder marginalisiert zu werden. Und diese Angst hat ihre reale Grundlage darin, dass die Arbeitslosigkeit und die Prekarisierung der Beschäftigung zunehmend einem „Normalzustand" entsprechen, was sich in einer verstärkten Segmentierung der Arbeitsmärkte niederschlägt.

Mit den sogenannten neuen Managementkonzepten konnte sich das Management einige Forderungen der 68er Bewegung, etwa ihre Kritik an Autoritarismus, Bürokratie, Überwachung, dienstbar machen. Ermöglicht wurde dies durch die Tatsache, dass mit der Ein- und Unterordnung der lebendigen Arbeit in den zunehmend versachlichten Arbeitsprozess sich persönliche Befehlsverhältnisse oft erübrigen. Somit konnten Ideen wie autonomes Arbeiten und Selbstverwirklichung auf dem Hintergrund einer Intensivierung der Marktbeziehungen in neoliberaler Absicht instrumentalisiert, mit der neoliberalen Ideologie von persönlicher Leistung, Individualismus und Unternehmertum verschmolzen und von einer Kritik des Lohnarbeitsverhältnisses losgelöst werden – eine Orientierung, die gerade bei den professionellen Mittelschichten eine gute Resonanz fand (Schöni 2000). Diese Schichten sind es auch, welche die entstehenden neuen Freiräume am ehesten nutzen können. Die neuen Sozialtechniken setzen also auf mannigfaltige Mechanismen der Selbstzuschreibung und der Versachlichung der Herrschaft.

Zur Umsetzung dieser neuen Herrschaftstechniken werden die Unternehmen tendenziell eher entlang der Auftragsabwicklung umstrukturiert, als zusammenhängende Kette von Prozessen von der Auftragserteilung bis zur Auslieferung und allenfalls Wartung der Produkte. Dazu kommen je nach Umständen Entwicklung, allenfalls Forschung, Marketing, Vertrieb und viele andere. Diese analytische und organisatorische Erfassung der gesamten Wertschöpfungskette und ihre Kontrolle erfolgt unter den Zielsetzungen: kein Lager, kein Ausschuss, kein Stillstand der Produktion bzw. der Arbeit. Guillaume Duval beschreibt dies detaillierter anhand der Beispiele von MacDonald und Smart, Christian Zeller (2001) am Beispiel der Pharmaindustrie. Nicht zuletzt mit Hilfe der neuen Technologien konnten so die Blockierungen des klassischen Taylorismus, der seinen Wirkungsbereich nie wirklich über die Massenproduktion am Fliessband ausdehnen konnte, überwunden werden. Grundsätzlich werden damit alle Elemente der Wertschöpfungskette, auch die Arbeiten im Büro, im Vertrieb, Marketing und die neuen Dienstleistungen dem systematischen Zugriff der Unterordnung der Arbeit unter das Wertgesetz zugänglich. Die dabei angewandten Sozialtechniken eröffnen durch die Verinnerlichung der Herrschaft und durch den ständigen Appell an die Kreativität gerade bei den qualifizierteren Symbolarbeiterinnen, das heisst bei den professionellen Mittelschichten, auch neue Möglichkeiten der Selbstverwirklichung, die unter dem bürokratischen Regime des Fordismus nicht offenstanden.

Die intensivere Durchdringung des gesamten gesellschaftlichen Prozesses mit den für die flexible Akkumulation spezifischen Anforderungen der Kapitalverwertung im globalen Massstab hat für die Beschäftigten weitreichende Folgen. Insbesondere ist festzuhalten, dass durch die Techniken der

Intensivierung der Nutzung des fixen Kapitals und der Verlängerung und Verdichtung des Arbeitstages die traditionellen Marginalisierungs- und Unterdrückungsverhältnisse oft qualitativ umgewandelt und im Rahmen der Neuorganisation der globalen gesellschaftlichen Ausbeutungsverhältnisse nutzbar gemacht werden. Die für die Durchsetzung der flexiblen Akkumulation wesentlichen politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und institutionellen Elemente erlauben, die durch die unregelmässigen Rhythmen der Produktion erzeugten Risiken wirkungsvoll auf die schwächeren Glieder im globalen Wertschöpfungsnetzwerk abzuwälzen. Dies führt oft dazu, dass auf die traditionellen Ausbeutungs- und Unterdrückungsformen von Frauen, Kindern und ImmigrantInnen zurückgegriffen wird. Damit verbunden ist eine Wiederbelebung der in den sechziger und siebziger Jahren stigmatisierten chauvinistischen und patriarchalischen Herrschaftsmuster wie auch die Herausbildung irrationaler kollektiver Handlungsformen (etwa beim religiös oder ethnisch motivierten Fundamentalismus).

## Professionelle Mittelschichten im Regime der flexiblen Akkumulation

Die Durchsetzung der flexiblen Akkumulation ist eng verknüpft mit dem Aufstieg der professionellen Mittelschichten, insbesondere der lohnabhängigen Segmente unter ihnen als Sachwalter der Individualisierung und der Entpolitisierung des Verhältnisses der Lohnabhängigkeit, die für das hegemoniale Projekt des Neoliberalismus entscheidend sind. Diese neue professionelle Mittelschicht hat in Kontinuität zu den alten Mittelschichten (freie Berufe, altes mittleres Kader und Beamte) kein eigenständiges politisches Projekt, sondern lehnt sich traditionellerweise an die Bourgeoisie an, deren Parteien den effektiven Tendenzen der zunehmenden sozialen Ungleichheit, der Banalisierung der Demokratie und der Umweltzerstörung keine wirkliche Alternative entgegenstellen. Sie verstehen sich, wie die alten Mittelschichten, als die Träger des Liberalismus, allerdings mit einem Hang zum Moralisieren. In erster Linie aber sind sie auf die Verbesserung ihrer Lage durch sozialen Aufstieg konzentriert. Sie bilden die Kerngruppe, um die sich die neoliberalen Strategien drehen, um im Bündnis mit der Arbeiteraristokratie die zunehmenden Risiken auf schwächere Regionen und Teile der Arbeiterklasse abwälzen zu können. Die Mechanik dieses Bündnisses ist mit der „Finanziarisierung" und dem für die Mittelschichten traditionellen Leistungsideal strukturell verbunden. Erstere erlaubt, dieses Segment der Lohnabhängigen aufgrund ihrer höheren Löhne – wenn auch nicht erheblich – an andere Einkommensformen, z.B. Aktien und Obligationen zu binden; die zweite Verbindung erlaubt, die ganze Palette der sozialtechnischen Strategien der Selbstzuschreibung für die Herrschaft im Arbeitsprozess zu mobilisieren.

Diese professionelle Mittelschicht, um die es hier geht, hat sich mit der Grundlegung der flexiblen Akkumulation seit den 60er Jahren stark vergrössert. Ihre Aufgabe ist eng verbunden mit einer neuen Artikulation der

für die Subsumtion der Arbeit im Kapitalismus typischen Trennung von Hand- und Kopfarbeit, nun allerdings in ihrer für die flexible Akkumulation spezifischen Form: Ausarbeitung und Implementierung der Strategien der flexiblen Akkumulation in einem weitverzweigten Zusammenhang von Dienstleistungen. Sie decken aber auch neue Funktionen ab, um der zunehmenden Komplexität und den neuen Problemen des Systems im Bereich der Bildung, des Finanzsektors, des Gesundheitswesens und der seelischen Betreuung begegnen zu können. Es handelt sich also vor allem um Symbolverarbeitung und Expertentum im weitesten Sinne und um Segmente der Lohnabhängigen mit einem mehr oder weniger bescheidenen Einfluss auf wichtige Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft, Politik.

Für die Schweiz kann davon ausgegangen werden, dass es sich um höchstens 25 bis 30 Prozent der Lohnabhängigen handelt – ein Wert, der übrigens mit Sicherheit höher liegt als der entsprechende OECD-Durchschnitt (ca. 20 Prozent). Sie sind auch derjenige Teil der Klasse der Lohnabhängigen, der sich in den Turbulenzen der flexiblen Akkumulation bislang am ehesten eine Perspektive des sozialen Aufstieges ausrechnen konnten, sei es durch Karriere, Einkommensverbesserung durch Lohnerhöhungen oder sei es durch Beteiligung an den verschiedenen Rentenformen des Finanzkapitals. Gerade die letztere Möglichkeit darf jedoch nicht überschätzt werden, sofern man von den Pensionsfonds absieht. Auch haben diese Schichten meist eine höhere Ausbildung und deshalb – vor allem aufgrund ihrer Rolle im Regime der flexiblen Akkumulation – auch die besseren Kommunikationsfähigkeiten, was ihnen im politischen Geschehen zu einer unverhältnismässig starken Stellung verhilft.

Gegenüber diesen professionellen Mittelschichten ist der Umfang des oberen Managements und der Kapitaleigentümer über die vergangenen fünfzig Jahre konstant bei ca. 3 bis 4 Prozent geblieben. Auch hier kann davon ausgegangen werden, dass diese Klasse in der Schweiz anteilsmässig stärker ist als im OECD-Durchschnitt. Bei ihnen konzentriert sich die Entscheidungsmacht und der Reichtum in der Gesellschaft, und sie können daher als der harte Kern der Bourgeoisie bezeichnet werden. Diese Klasse hat vom neoliberalen Projekt und dem Regime der flexiblen Akkumulation bislang am meisten profitiert: Ihr Reichtum und ihr Einkommen haben sich im Verlauf der vergangenen 20 Jahre vervielfacht.

Die unteren ca. 50 – 60 Prozent der Lohnabhängigen und Scheinselbständigen tragen die Hauptlast der Modernisierung, der Lohnrestriktionen und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Unter ihnen findet sich ein Teil der im Laufe der letzten dreissig Jahre stark geschrumpften Industriearbeiterschaft zusammen mit den Beschäftigten des prekarisierten Sektors, der in der Schweiz und weltweit stark zugenommen hat. Diese Schicht spürt die drückenden Folgen einer neuen Hierarchisierung der Gesellschaft. Mit der Verkürzung der Lebenszyklen von Techniken und Methoden verkürzen sich entsprechend auch die Verweilzeiten im Beruf. Dadurch segmentieren sich die Lohnabhängigen immer weniger nach Beruf, sondern entlang der Wertschöpfungskette. Dieser Prozess wirkt sich vor allem für diese Schicht

der Lohnabhängigen nachteilig aus. In der Schweiz verfügen zudem beinahe die Hälfte dieser Lohnabhängigen als AusländerInnen über keine politischen Rechte. Beim anderen Teil nimmt die politische Abstinenz zu oder sie wandern gar ins national-chauvinistische Lager ab. Dies um so mehr, als die Blair/Schröder-Linie in der Sozialdemokratie ihre Strategien hauptsächlich auf die Gewinnung der Neuen Mitte – die professionellen Mittelschichten – ausgerichtet hat.

## Schlussfolgerungen für die politische Linke und die Gewerkschaften – Thesen

I. Oft vernachlässigt, aber von zentraler Bedeutung sind die neoliberalen Strategien im Betrieb. Sie dienen einer Verdichtung der Subsumtion der Lohnabhängigen unter das Kapital und damit einer Vertiefung der Herrschaft im Regime der flexiblen Akkumulation. In den Betrieben muss heute eine Kultur des Widerstands gegen die neoliberalen Managementstrategien entwickelt werden. Hier spielen die Gewerkschaften eine wichtige Rolle, auch wenn sie derzeit schlecht auf diese Aufgaben vorbereitet sind, da sie in den letzten Jahrzehnten im Rahmen des Produktivitätspaktes und der Sozialpartnerschaft die Ansprüche auf eine demokratische Kontrolle des Arbeitsprozesses im Interesse der Konsensfindung mit dem Management weitgehend aufgegeben haben. Für einen Widerstand gibt es aber auch neue Möglichkeiten, da die Betriebe dank ausgedünntem Personal, der Beseitigung von organisatorischen Redundanzen und der minimalisierten Lagerhaltung für gezielte kollektive Aktionen anfälliger geworden sind. Dies zeigen aktuelle Arbeitskonflikte bei UPS 1997 (Globaler Paketzulieferer, US-basiert), General Motors 1999, ZEBA und AARE Wäschereien in der Nordwestschweiz 2000 u.a.m.Wie sich immer wieder zeigte, können solche Aktionen auf eine günstige Aufnahme in der Öffentlichkeit und bei den übrigen Beschäftigten zählen.

II. Die Herrschaft über die Arbeit ist voller Widersprüche. Zum einen ist das Management gezwungen, seine Herrschaft über den Produktionsprozess und die Disziplinierung der Arbeit durch Marktmechanismen, autonome Arbeitsgruppen, Sozialtechniken zur Weitertreibung der Selbstzuschreibung, Kontrollstrategien und Technisierung durchzusetzen; zum andern ist es auf die kreativen und produktiven Potentiale der lebendigen Arbeit angewiesen, was Konsenssuche und Kooperation erforderlich macht. Zudem ist auch für die Lohnabhängigen die Lage höchst zwiespältig: So versuchen sie zwar im Rahmen der Möglichkeiten, gegen die Herrschaftsansprüche des Managements Widerstand zu leisten, aber mit ihrem Interesse am Erhalt des Arbeitsplatzes geht auch ein Interesse am Fortbestehen „ihres" Unternehmens einher (Wolf 1999). Wäre eine demokratischen Alternative der gesellschaftlichen Produktion sichtbar,wären entsprechende Handlungspfade offen und die politischen Kräfteverhältnisse einigermassen günstig, dann ergäben sich aus dieser Unausweichlichkeit bald neue Handlungsmöglichkeiten. Dass dies wider Erwarten bei gegebenen Um-

ständen schnell mal der Fallsein kann, zeigt etwa die Bewegung von November/Dezember 1995 in Frankreich. Die Auseinandersetzungen um die Herrschaft innerhalb der und über die materielle gesellschaftliche Produktion haben daher in der flexiblen Akkumulation eine neue Aktualität erlangt. Nur im Zusammenhang eines neu zu konzipierenden radikaldemokratischen und emanzipatorischen Projektes, getragen von allen linken Kräften der Schweiz, kann auf diese Konfliktlage konkret reagiert werden. Und dass dies geschichtlich immer wieder möglich geworden ist, hat ja eigentlich gerade den immer wieder lebendigen Kern der Arbeiterbewegung ausgemacht!

III. Wie bereits gezeigt (Eberle/Schäppi 2000), stellen die Fragen um Einkommen und Lohn heute ein zentrales Feld der Auseinandersetzung dar. Allerdings sind diese Fragen nicht mehr so einfach auf einem klassenmässig strukturierten Kräftefeld politisch entwickelbar: Es gibt insbesondere in der Schweiz eine bedeutende und politisch einflussreiche Schicht, die ihr gegenwärtiges und zukünftiges Einkommen direkt mit den Finanzgewinnen und Renten verknüpft hat. Zur Lohn- und Einkommensfrage hinzu kommt der Vormarsch der für den Neoliberalismus typischen Konsum- und Verbrauchssteuern auf Kosten der an Einkommen und Vermögen bemessenen Steuern, was ein weiteres zentrales Feld der politischen Auseinandersetzung bilden muss.

IV. Dringend und wichtig, aber schwierig zu realisieren ist heute eine radikale Arbeitszeitverkürzung, weil die Gewerkschaften die Kontrolle über den Arbeitsprozess aus den erwähnten Gründen weitgehend verloren haben. Eine Arbeitszeitverkürzung macht heute für die Beschäftigten nur Sinn, wenn gleichzeitig die Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit klar bekämpft wird.

V. Ein wesentliches Mittel, um die Subsumtion der lebendigen Arbeit voranzutreiben, ist neben der Flexiblisierung des Arbeitsmarkts, der Normalisierung der Prekarität und den Restrukturierungen die Privatisierung bislang öffentlicher Dienstleistungen. Ganz abgesehen davon, dass damit die Versorgung der Bevölkerung nicht besser wird, wird die Gesellschaft undemokratischer, und es verstricken sich immer breitere Segmente der Klasse der Lohnabhängigen in den Herrschaftszusammenhängen der flexiblen Akkumulation. Die Privatisierungen müssen daher weiterhin ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung gerückt werden.Wie die neusten Entwicklungen bei der Swissair zeigen, können im Regime der flexiblen Akkumulation selbst renommierte Firmen über Nacht zusammenbrechen und damit Tausende von Beschäftigten und von ihnen abhängige Zulieferbetriebe in eine Abwärtsspirale ziehen. Das Swissair-Debakel muss als Signal wahrgenommen werden, dass zukünftig in der Politik wieder mehr Verantwortung verstanden wird.

VI. Die professionellen Mittelschichten sind nicht grundsätzlich gefeit vor den mannigfaltigen Angriffen auf die Arbeitsbedingungen, Beschäftigung und Einkommenssituation. Der Stress nimmt zu, das psychische Befinden verschlechtert sich, die Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg

ist mittlerweile eine Dauerbelastung in ihrem Leben geworden und die gegenseitige Konkurrenz nimmt gelegentlich tödliche Formen an (Philonenko/Guienne 1995, Westlake 1997). Und nur eine Minderheit von ihnen hat ihre Einkommens- und Lebenssituation derart nachhaltig verbessern können, dass sie den gegenwärtigen Lauf der Dinge gutheissen kann. Es wird eine der grossen Herausforderungen der nächsten Zeit bleiben, dieses Segment aus der traditionellen Bindung an die Bourgeoisie herauszulösen und mit kollektiven Widerstandsformen gegen die Unterordnung der Arbeit vertraut zu machen. Wie und ob dies überhaupt in entscheidendem Masse möglich ist, bleibt eine offene Frage. Die Politik der Neuen Mitte, im Verbund von Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien seit den neunziger Jahren offensiv vorangetrieben, hat und wird jedenfalls die dieser Schicht gemachten Versprechungen nicht einlösen können. Entsprechend treten seit einigen Jahren auch Teile dieser Schichten in Arbeitskämpfen in Erscheinung, z. B. bei Boeing (2000), in Auseinandersetzungen bei den Luftfahrtgesellschaften (Swissair, Air France, Sabena, Crossair-Streik) oder beim Staatspersonal (LehrerInnen und qualifiziertes Spitalpersonal).

VII. Die flexible Akkumulation ist in erster Linie eine Festigung der Hegemonie der Bourgeoisie im globalen Massstab unter der Dominanz des Finanzkapitals und der global operierenden Konzerne, wobei die 500 grössten unter ihnen direkt oder indirekt über die Produktion von über 50 Prozent des globalen Bruttosozialproduktes bestimmen. Die Herausbildung und Bestätigung dieser neuen globalen (Un-)Ordnung geht einher mit dem Konflikt zwischen einzelnen nationalen Bourgeoisien um die Dominanz innerhalb dieser imperialen Struktur. In der Schweiz scheint sich abzuzeichnen, dass in der Wirtschaft und den bürgerliche Parteien die Orientierung am US-Imperialismus wieder Oberhand gewinnt und immer weniger Interesse am Integrationsprojekt der EU besteht. Unserer Einschätzung nach sollte eine linke Politik diese Konfliktpunkte jedoch nicht zu zentralen Fragen machen. Wichtiger ist es, Widerstandsaktionen gegen die Folgen der flexiblen Akkumulation zu unterstützen und die Fragen der betrieblichen und gesellschaftlichen Demokratie ins Zentrum zu rücken. Vor diesem Hintergrund ist auch in die Auseinandersetzung um die EU-Integration, den UNO-Beitritt und die NATO-Kooperation einzugreifen.

VIII. Aufgrund der enormen Möglichkeiten der Bourgeoisie, die stark gewachsenen Risiken im Regime der flexiblen Akkumulation im globalen Massstab auf die Lohnabhängigen und auf die stark gewachsenen Massen des Subproletariats in die Peripherien des Imperialismus abzuwälzen, wächst auch die Dringlichkeit von emanzipatorischen Strategien gegen die Herausforderungen des Neoliberalismus. Die Konzerne verfügen mittlerweile über die Möglichkeit, ihre Strategien an der Optimierung der ihnen global zugänglichen Standortfaktoren auszurichten. Es ist deshalb wichtig, dass sich die Gewerkschaften international vernetzen und sich an der Antiglobalisierungsbewegung beteiligen (Gallin 2001). Eine Zusammenarbeit von Gewerkschaften und neuen politischen Bewegungen ist zentral, denn ohne kämpferische Gewerkschaften und ohne Veränderungen im

Produktionsbereich ist eine wirkliche Demokratisierung der Gesellschaft nicht möglich. Es bleibt ja immer noch die Schwierigkeit, dass Gewerkschaften und neue politische Bewegungen ohne parteipolitische Unterstützung bleiben, ja oft sogar gegen die institutionalisierten linken politischen Parteien operieren müssen.

Mit diesen Überlegungen schliessen wir uns der Stellungnahme von D. Collin (2001,69) an: „Es ist absurd, antiliberal zu sein, sofern liberal sein bedeutet, dass man sich für die Verwirklichung der Grundsätze von Freiheit und Gleichheit einsetzt, als den eigentlichen Grundsätzen des konkreten gesellschaftlichen Lebens. Dann muss man in der Tat diese liberalen Ideen verteidigen – gegen den Neoliberalismus wie auch gegen eine Erneuerung des Keynesianismus". Wir sind der Überzeugung, dass gerade die Ideale des politischen Liberalismus nur mehr im Rahmen einer antikapitalistischen Perspektive, in welcher die Eigentums-, Klassen- und Herrschaftsfrage wieder gestellt wird, konkretisierbar sind. Nur wenn im Rahmen eines politischen Projektes die Marktregulierung im Sinne der Ideale von gesellschaftlicher Freiheit und Gleichheit hinterfragt und durch demokratische Prozesse abgelöst wird, können diese liberalen Ideale verwirklicht werden. Und gerade deshalb scheitert der politische Liberalismus, weil er niemals die Lohnabhängigkeit als systemisch entscheidendes Herrschaftsverhältnis im Kapitalismus erkennen kann, geschweige denn sie in Frage stellen wird. Die Orientierung auf die „Neue Mitte" und die Konsenssuche mit Teilen der Bourgeoisie sind ein erneuter Versuch der institutionalisierten Linken, dieser historischen Herausforderung auszuweichen und damit unter anderem die Zunahme von Benachteiligung und Unfreiheit für die Mehrheit der Bevölkerung mitzutragen statt zu bekämpfen.

## Literatur


Bayat, Assef, 1991: Work, Politics and Power. An international Perspective on Worker's Control and Self-management. New York

Béroud, Sophie/Mouriaux, René/Vakaloulis, Michel, 1998: Le mouvement social en France. Essai de sociologie politique. Paris

Boltanski, Luc/Chiapello, Ève, 1999: Le nouvel ésprit du capitalisme. Paris

Bravermann, Harry, 1980: Die Arbeit im modernen Produktionsprozess. Frankfurt/M.

Brenner, Robert, 1998: The Economics of Global Turbulence. A Special Report on the World Economy, 1950 – 1998. New Left Review 229, London

Chesnais, François, 1994: La mondialisation du capital. Paris

Chossudovsky, Michel, 1997: The Globalisation of Poverty. Impacts of the IMF and World Bank Reforms. London

Collin, Denis, 2000: Néo-liberalisme ou keynésianisme renové : la fausse alternative. L'homme et la société N° 135, Paris

Duménil, Gérard/Lévy, Dominique, 2000: Crise et sortie de la crise. Ordres et désordres néolibéraux. Paris

Duval, Guillaume, 2000: L'entreprise efficace à l'heure de Swatch et de McDonalds. Paris

Eberle, Willi / Schäppi, Hans, 2000: Für eine Repolitisierung der Lohnfrage. Zur neoliberalen Politik der Lohnflexibilisierung und des Leistungslohnes. In: Widerspruch Heft 39, Zürich

Gallin, Dan, 2001: Gewerkschaftsbewegung und neuer Internationalismus. In: Widerspruch Heft 40, Zürich
Gowan, Peter, 1999: The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance. London
Harvey, David, 1989: The Condition of Postmodernity. An Inquiry into the Origins of Cultural Change. Oxford
Jorda, Henri, 1999: Travail et discipline: De la manufacture à l'entreprise intelligente. Paris
Mészáros, Istvàn, 2001: Socialism or Barbarism. From the „American Century" to the Crossroads. New York
Mies, Maria, 1999: Patriarchy and Accumulation on a World Scale: Women in the International Division of Labour. London
Moody, Kim, 1997: Workers in a Lean World. Unions in the International Economy. London
Philonenko, Grégoire/Guienne, Véronique, 1995: Au carrefour de l'éxploitation. Paris
Post, Charlie/ Slaughter, Jane: Lean Production, 2001: Why Work is worse than ever and what's the Alternative? A Solidarity Working Paper. Unter: www.igc.apc.org/solidarity
Rieger, Andi, 2001: Offensive Gewerkschaftspolitik. Bilanz und Perspektiven. In: Widerspruch Heft 40, Zürich
Schöni, Walter, 2000: Die unternehmerische Arbeitskraft. Eine neue Leitfigur neoliberaler Wirtschaftspolitik. In: Widerspruch Heft 39, Zürich
Smith, Murray E. G., 1994: Invisible Leviathan. The Marxist Critique of Market Despotism beyond Postmodernism. Toronto
Westlake, Donald, 1997: The Ax. NewYork
Wolf, Harald, 1999: Arbeit und Autonomie. Ein Versuch über Widersprüche und Metamorphosen kapitalistischer Produktion. Münster
Zeller, Christian, 2001: Globalisierungsstrategien – Der Weg von Novartis. Berlin

WISSEN Zürich 2000 IX. SYMPOSIUM IAPh MACHT GESCHLECHT
Internationale Assoziation von Philosophinnen

Birgit Christensen (Hg.)
**wissen macht geschlecht /**
**knowledge power gender**
**Philosophie und die Zukunft der «condition féminine» / Philosophy and the future of the «condition féminine»**
Unter Mitarbeit von Angelica Baum, Sidonia Blättler, Anna Kusser, Irene Maria Marti, Brigitte Weisshaupt

Chronos Verlag, Zürich, November 2001.
Gebunden. Ca. 900 S., Ca. CHF 68/DEM 85/ATS 540/ EUR 42,50 ISBN 3-0340-0525-3

Die Publikation enthält Vorträge, die am IX. Symposium der Internationalen Assoziation von Philosophinnen (IAPh) im Oktober 2000 an der Universität Zürich gehalten wurden.